

„Wir finden dich überall“

Von Mordplänen der Staatssicherheit war die frühere DDR-Staats- und Parteispitze informiert. Der einst allmächtige Geheimdienst unter Minister Erich Mielke trak-

tierte vor allem Überläufer aus SED, Volksarmee und Stasi mit Attentatsdrohungen. Einige seien, berichten ostdeutsche Ex-Agenten, in die Tat umgesetzt worden.

DDR-Ministerpräsident Willi Stoph, heute 76, war fest entschlossen, ein geplantes Kapitalverbrechen seines Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu vereiteln. Weil er den eigenen Genossen jedoch nicht über den Weg traute, entschloß er sich zur Konspiration mit dem Westen.

Durch einen Kurier ließ Stoph dem damaligen Staatssekretär im Bonner Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Dietrich Spangenberg, eine dringende Bitte übermitteln: Die Behörden sollten für größtmöglichen Schutz des DDR-Flüchtlings Werner Weinhold sorgen – ein MfS-Killerkommando sei unterwegs, den ehemaligen Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) auf dem Boden der Bundesrepublik zu liquidieren.

Stoph, heimlicher Kontrahent des damaligen SED-Generalsekretärs Erich Honecker, wurde noch konkreter: Weinhold, heute 41, der bei seiner Flucht 1975 die NVA-Männer Jürgen Lange, 20, und Klaus-Peter Seidel, 21, erschossen hatte, solle nach dem Stasi-Plan bei einem „inszenierten Unfall“ ums Leben kommen. Mit der Mord-Aktion wolle das MfS potentielle Überläufer aus den Reihen der Grenztruppen abschrecken.

Stophs vertrauliche Botschaft beweist, daß die frühere DDR-Spitze über geplante Kapitalverbrechen der Stasi informiert gewesen ist. Und der Inhalt seiner Warnung, vorige Woche durch Berichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) um neue Details ergänzt, bestätigte die westdeutsche Abwehr in dem Verdacht, daß Erich Mielkes Stasi-Mannen auch in Zeiten der Entspannung das ganze Arsenal geheimdienstlicher Verrücktheiten parat hielten: gedungene Mörder, Unfallspezialisten, Giftmischer, Menschenräuber.

DDR-Flüchtlinge, die dem ostdeutschen Staat besonderen Schaden zugefügt

hatten, wurden bis in die jüngste Zeit mit Morddrohungen traktiert. Noch 1988, gut ein Jahr vor der Wende, analysierte das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem internen Vermerk die Gefährdung dieses Personenkreises:

Vielfach sind Drohungen bekannt geworden. Die Warnung vor einem tödlichen Verkehrsunfall wurde häufig verwendet. Oft hieß es: „Wir finden dich überall.“

Solche Ankündigungen sollten vor allem politische Flüchtlinge, Überläufer aus NVA oder MfS und abtrünnige SED-Funktionäre einschüchtern, das Gefühl verbreiten, die langen Arme der Stasi-Krake reichten überallhin.

Ganz oben auf der Todesliste stand der Stasi-Oberleutnant Werner Stiller,

der 1979 in den Westen geflohen war und durch umfassende Aussagen große Teile der DDR-Spionage lahmgelegt hatte. Stiller, der unter neuer Identität im Irgendwo abtauchte, ist nach seiner Flucht von einem DDR-Geheimgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, für seine Ergreifung wurde eine Million Mark ausgelobt. Hessens oberster Verfassungsschützer Günther Scheicher: „Wenn sie den Stiller gefunden hätten, dann hätten sie ihn sogar noch bis vor kurzem erschossen.“

Bei einer Chefrunde im MfS jedenfalls, erinnert sich ein ehemaliger Stasi-Oberst, habe Mielke mitten in einem seiner gefürchteten Monologe die Seinen unvermittelt gemahnt: „Es ist ja recht still geworden um Stiller.“

Auch auf Weinhold, lange Jahre Staatsfeind Nummer eins in der DDR-Propaganda, war eine Kopfprämie von einer Million Mark ausgesetzt. Der frühere NVA-Soldat war 1976 zunächst vom Essener Schwurgericht von der Anklage des zweifachen Totschlags freigesprochen worden, weil er bei der Erschießung der beiden DDR-Grenzer in Notwehr gehandelt habe.

Erst nach einem Veto des Bundesgerichtshofs und erneuter Verhandlung des Hagener Schwurgerichts wurde Weinhold 1978 zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt, die er zu zwei Dritteln verbüßen mußte – 1982 kam er frei.

Die Erfinder des Schießbefehls verfolgten ihn bis ins Gefängnis mit besonderem Haß. Er habe seine beiden Kameraden, so die DDR-Darstellung, „hinterrücks“ ermordet. Noch 1981 sollte Weinhold, sagte ein ehemaliger Mitgefangener, aus der Gefängniszelle im sauerländischen Attendorf von der Stasi entführt werden. Der Zeuge gab an, er sei damals in die Bonner DDR-Vertretung gebeten und zur Mithilfe bei der Tat aufgefordert



Genossen Honecker, Stoph (M.), Mielke
„Es ist ja recht still geworden um Stiller“



DDR-Flüchtling Weinhold (1976), verunglückter Eigendorf-Wagen (1983): „Kraft von tausend Skorpionen“

worden. Der Mann offenbarte sich jedoch westdeutschen Behörden.

Daß Mielkes Agenten wie der Filmheld James Bond mit einer „licence to kill“ ausgerüstet gewesen seien, berichten nun auch Stasi-Überläufer, die seit der Wende beim BND auspacken. Die neuen Vorwürfe platzten – gezielt? – mitten in die innenpolitische Debatte über eine künftige Straffreiheit für alle Stasi-Mitarbeiter, die nicht an Gewaltverbrechen beteiligt waren.

Die BND-Spezialisten, aus deren Berichten vorige Woche diverse Springer-Zeitungen und die Illustrierte *Bunte* zitierten, wollen von mindestens zwei Stasi-Mordopfern wissen:

- ▷ Der DDR-weit bekannte Fußballspieler Lutz Eigendorf, der sich 1979 in den Westen abgesetzt hatte und im März 1983 bei einem Autounfall ums Leben kam, sei in Wahrheit durch ein „Kontaktgift“ getötet worden.
- ▷ Der 1971 aus DDR-Haft freigekaufte Michael Gartenschläger, 1976 bei der Demontage eines Selbstschußautomaten an der innerdeutschen Grenze getötet, sei von der Stasi in eine Falle gelockt worden.

Daß Gartenschläger, keine neue Erkenntnis, verpiffen worden ist, haben westdeutsche Strafverfolger schon von Anfang an vermutet. Der Ex-Häftling hatte eine Gruppe von DDR-Gegnern um sich versammelt, die spektakulär von sich reden machte: Anfang 1976 montierten die Gartenschläger-Leute einen Todesschußautomaten, Typ SM 70, vom DDR-Grenzzaun ab und präsentierten das Gerät im SPIEGEL (16/1976).

Als Gartenschläger in der Nacht zum 1. Mai 1976, entgegen allen Warnungen, den Coup wiederholen wollte, wurde er an einem besonders bewachten Grenz-

abschnitt zwischen dem schleswig-holsteinischen Bröthen und dem mecklenburgischen Wendisch Lieps erschossen.

Gartenschläger-Freund Lothar Liennecke, bei der Aktion dabei, berichtete, es habe zuvor weder Warnruf noch Warnschuß gegeben. Joachim Böttcher, Leitender Oberstaatsanwalt in Lübeck, vorige Woche: „Der Tathergang ließ es schon damals als hochwahrscheinlich erscheinen, daß Leute auf Gartenschläger warteten.“

Der Verdacht erhärtete sich wenig später. In Gartenschlägers Gruppe hatten sich Leute eingeschlichen, die offenbar Kontakte zum MfS unterhielten.



DDR-Gegner Gartenschläger (1976)
Weder Warnruf noch Warnschuß

Der eine, Gerd-Peter Riediger, wurde Ende 1976 vom Oberlandesgericht Schleswig wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten Haft verurteilt, bestritt aber, Gartenschläger verraten zu haben. Der andere, Udo Albrecht, ein schillernder Rechtsextremist mit zahlreichen Vorstrafen, entwand 1981 bei einem Ortstermin unter den Augen westdeutscher Staatsanwälte durch ein Loch im Grenzzaun in die DDR – eskortiert von MPI-bewehrten Ost-Grenzern.

Handfeste Indizien für das mörderische Wirken der Stasi ließen sich bisher jedoch bei der Aufklärung, wie der Kicker Eigendorf zu Tode gekommen ist, nicht finden. Der Braunschweiger Staatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann ist sicher: „Bei Eigendorf liegt die Sache ganz anders.“

Der Nationalspieler vom FC Dynamo Berlin, einem Stasi-Sportverein, war nach einem Freundschaftsspiel beim 1. FC Kaiserslautern in der Bundesrepublik geblieben. In einer unfallträchtigen Rechtskurve knallte er am 5. März 1983 um 23 Uhr im Braunschweiger Stadtteil Querum mit seinem geleasteten Alfa Romeo GTV 6 an einen Baum, Eigendorf starb zwei Tage später. Eine Blutprobe bei Eigendorf, der in seinem damaligen Verein Eintracht Braunschweig wegen einer Verletzung auf der Reservebank gesessen und in seiner Stammkneipe „Cockpit“ deprimiert ein paar Bier gezischt hatte, ergab 2,2 Promille.

Der Fall schien klar. Doch schon wenig später meldete sich der Spieler-Berater Holger Klemme mit der Information, auf den rechten Vorderreifen von Eigendorfs Wagen sei wahrscheinlich ein Schuß abgegeben worden. Andere wollten gehört haben, Eigendorf habe nach einem Schuß durch die Windschutzschei-

be die Kontrolle über das Fahrzeug verloren. Und schließlich ging ein anonym Brief, Poststempel Hildesheim, bei Eintracht Braunschweig ein:

Ist Ihnen bekannt, daß die Gestapo der „DDR“, der Stasi, überall seine Finger im Spiel hat? Lassen Sie das Fahrzeug Ihres tödlich verunglückten L. Eigendorf genau untersuchen, vor allem die Bremsanlagen. Einer, der Bescheid weiß! XYZ.

Denkbar ist, daß Stasi-Desinformanten mit solchen Gerüchten und anonymen Briefen den Eigendorf-Unfall erst nachträglich als eigene Aktion ausgeben wollten, um ihre Allgegenwart zu beweisen. Jedenfalls fanden weder die Experten des Wiesbadener Bundeskriminalamtes (BKA) noch Fachleute des Deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungsvereins irgendeinen Anhaltspunkt für die Mordthese.

Die muß nun, nach den BND-Enthüllungen der vorigen Woche, neu überprüft werden – Behauptung eines Stasi-Überläufers: Ein „Kontaktgift“, auf die Türklinke des Eigendorf-Autos geschmiert, habe das Opfer zumindest betäubt und binnen zehn Minuten fahruntüchtig gemacht.

Diese Version, wie aus drittklassigen Agententhrellern abgekupfert, hält der BKA-Cheftoxikologe Klaus Rübsamen für „abenteuerlich“. Rübsamen, Spezialist für Schlangengifte und anderes exotisches Gefahrgut, kennt weder aus der Praxis noch aus der wissenschaftlichen Literatur einen einzigen Fall, in dem Gift, absorbiert durch die unversehrte Haut, binnen kurzer Zeit zur Ohnmacht oder zum Tod geführt hätte.

Die zahlreichen Giftmorde, mit denen sich Agenten gegenseitig aus dem Weg geräumt haben, folgten – soweit bekannt – einem anderen Muster. So kam 1978 in London der Exil-Bulgare Georgi Markoff auf merkwürdige Weise ums Leben. Ein Mann, wahrscheinlich ein bulgarischer Agent, hatte ihn mit einem Regenschirm angerempelt. Kurz danach spürte Markoff Schmerzen im rechten Oberschenkel, vier Tage später war er tot – vergiftet von einer winzigen Metallkugel, die aus dem Regenschirm abgefeuert worden war. Toxikologe Rübsamen, der damals für das BKA die Tat analysierte, ortete den Killerstoff: Ricin, das aus Rizinusöl gewonnen wird und noch giftiger wirkt als Blausäure.

Mit Blausäure getötet wurde 1959 in München der ukrainische Antikommunist Stefan Bandera. Der Agent des sowjetischen KGB, Bogdan Staschynski, hatte Bandera in einem Hausflur aufgelauert und ihm aus einer speziellen dop-

pelrohrigen Sprühpistole das Gift, das aus zwei Glasampullen austrat, ins Gesicht geschossen.

Auch die Denkerhirne westlicher Geheimdienstler brachten im Agentenkrieg allerlei skurriles Mordgerät hervor. So stellte die amerikanische CIA 1975 eine Giftfeilpistole vor, und der britische Geheimdienst erfand einen Giftfeil-Bleistift. Doch immer mußte das Gift, zum Beispiel das aus der Rinde der Strychnos-Pflanze gewonnene Curare oder das aus dem Blauen Eisenhut destillierte Aconitin, dem Opfer unter die Haut, in Lunge oder Magen bugsirt werden.

Selbst dem italienischen Erfolgsautor Umberto Eco ist die Phantasie nicht ganz und gar durchgegangen. Einige der mittelalterlichen Mönche in seinem Seler „Der Name der Rose“ kamen zwar durch Kontakt mit indizierten Aristoteles-Schriften um, die mit gestohlenem Gift aus der Stube des Bruders Botani-



Ex-Stasi-General Neiber: „So ein Ding“

kus präpariert waren: „Es hatte die Kraft von tausend Skorpionen.“ Doch die Berührung des verbotenen Buches reichte nicht aus, die Opfer ins Jenseits zu befördern – sie hatten, zum Umblättern der Seiten, die Finger an der Zunge benetzt und sich auf diese Weise das Gift oral verabreicht.

Daß Eigendorf durch die Berührung eines Giftstoffs mit bloßer Hand betäubt wurde, hält auch der West-Berliner C-Waffen-Experte Professor Adolf-Henning Frucht, von 1967 bis 1977 in der DDR unter dem Vorwurf der „schweren Spionage und Gefährdung der Grundlagen der DDR“ inhaftiert, für „unwahrscheinlich“. Für einen solchen Anschlag komme aus dem Todesarsenal der Militärs allenfalls das Nervengift VX in Frage.

Eine Absorption über die Haut berge jedoch „hohe Unsicherheit“, zudem zeige sich bei einer VX-Vergiftung ein anderes medizinisches Bild als bei Eigendorf. Ob das in Kaiserslautern bestattete Opfer exhumiert wird, steht noch nicht fest: Gutachter des gerichtsmеди-

nischen Institutes in Göttingen halten einen Giftnachweis kaum noch für möglich.

Sollte sich der Mordvorwurf aufgrund neuer Ermittlungen der Staatsanwälte bestätigen, müßten die Behörden auch andere ungeklärte Altfälle neu aufrollen. Im paranoiden Agentenmilieu haben sich immer wieder mysteriöse Todesfälle und Anschläge ereignet, die zu Spekulationen Anlaß gaben. Beispiele:

▷ Bernd Moldenhauer, Aktivist der antikommunistischen Gesellschaft für Menschenrechte, wurde 1980 auf einem Autobahnrastplatz bei Bad Hersfeld von seinem Vereinskameraden Aribert Freder mit einer Kordel erdrosselt. Freder, der nach seiner Verhaftung gestand, er habe „aus Habgier“ gehandelt, hatte nach eigenen Angaben auch für Mielke gearbeitet – Mord im Stasi-Auftrag?

▷ Die Frau von Leonid Bassan, Ex-Oberstleutnant des bulgarischen Geheimdienstes und einstiger Oberassistent bei Professor Frucht im Ost-Berliner Institut für Arbeitsphysiologie, kam Ende der sechziger Jahre bei einem Autounfall nahe Frankfurt, ähnlich dem des Fußballspielers Eigendorf, ums Leben; Bassan selbst, der sich in den Westen abgesetzt und damals mit dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie über einen Job verhandelt hatte, schied eine Woche später durch Suizid aus dem Leben – Morde im Stasi-Auftrag?

▷ Kay Mierendorf, kommerzieller Fluchthelfer, wurde 1982 durch die Explosion einer Briefbombe, Format DIN A 5, in Bad Tölz schwer verletzt. Der Anschlag, so der westdeutsche Stasi-Experte Karl Wilhelm Fricke, sei „technisch perfekt“ vorbereitet und ausgeführt worden – Mordversuch im Stasi-Auftrag?

▷ Uwe Harms, Geschäftsführer der traditionsreichen Hamburger Spedition Richard Ihle, an der die liechtensteinische DDR-Tochter Unisped zu 80 Prozent beteiligt war, wurde 1987 unter ungeklärten Umständen in Hamburg erschossen (SPIEGEL 47/1989) – Mord im Stasi-Auftrag?

▷ Hans-Ulrich Lenzlinger, der Fluchthelfer-König, wurde 1979 in seinem Züricher Haus von Unbekannten erschossen – Mord im Stasi-Auftrag?

Für solche „nassen Sachen“, wie Mordaktionen im östlichen Geheimdienstjargon hießen, soll nach Erkenntnissen des BND die Stasi-Hauptabteilung I, Abteilung Äußere Abwehr, zuständig gewesen sein. Seit den sechziger Jahren bereits habe der BND „vage Informationen“ über die tödlichen Agentenspiele besessen. Für „Gewaltmaßnahmen bis hin zum Mord“ habe danach

eine ganze „Bandbreite“ von Möglichkeiten bestanden:

Einsatz von mit Gift präparierten „Genußmitteln“ wie z. B. Zigaretten, Einsatz von Kontaktgiften, technische Manipulation an Kraftfahrzeugen, vorgetäuschte Selbstmorde, Entführungen/Verschleppungen, Auslobungen von Kopfgeldprämien.

Menschenraub zum Beispiel gehörte bei KGB und Stasi zur traditionellen Arbeitsmethode. Allein zwischen 1945 und 1949 wurden, zunächst von den Sowjets, aus West-Berlin rund 600 Personen in den Osten verschleppt. Danach gab es weitere 295 Entführungen und 81 versuchte Kidnappings – die meisten unter Regie der damaligen Stasi-Abteilung 21 „Sicherheitsüberprüfung und Rückführungen“, Sitz Berlin-Johannisthal, Groß-Berliner Damm 101.

Die Zuständigkeit für spätere Mord- und Kidnapping-Pläne lag nach den neuen BND-Erkenntnissen direkt bei Minister Mielke sowie im Befehlsstrang des Generalleutnants und Vizeministers Gerhard Neiber. Der BND-Bericht: „Die Pläne für die jeweiligen Liquidierungen wurden nur in einem Exemplar handschriftlich erstellt und von Minister Mielke oder dessen Stellvertreter, General Neiber, persönlich abgezeichnet.“

Neiber wollte sich vorige Woche dem SPIEGEL gegenüber nicht äußern. Vor Vertrauten klagte er: „Wie soll man denn so ein Ding aus der Welt schaffen. Wozu soll ich denn nun erklären, ich habe das nicht gemacht, ich habe das nicht gewußt?“

Volkskammer

Olle Pappe

DDR-Parlamentarier fahren schicke Westautos – geliehen oder günstig gekauft.

Trabfahrer, die auf den Autobahnen der DDR von dunklen BMWs oder schnellen Audis überholt werden, haben es nicht unbedingt mit PS-protzenden Westbürgern zu tun. Möglicherweise ist gerade einer ihrer eigenen Volksvertreter an ihnen vorbeigerast.

Viele Mitglieder von Parlament und Regierung der DDR sind bereits vor der Währungsunion vom Trabi umgestiegen auf westliche Autos – früher als das gemeine Wahlvolk und zu besseren Konditionen. Allen voran versorgte sich die CDU-Fraktion mit 125 günstigen Gebrauchtwagen, hauptsächlich VW Golf, Audi 80, Audi 100 oder Polo.

Möglich wurde der Deal durch die Bekanntschaft der Parlamentarischen Geschäftsführerin der CDU, Birgit Kayser, mit dem Wolfenbütteler Likörfabrikanten Günter Mast („Jägermeister“). Die DDR-Politikerin hatte Mast im

niedersächsischen Landtagswahlkampf kennengelernt, als sie gemeinsam mit Rita Süßmuth um Stimmen für die Union geworben hatten.

„Bei einem abendlichen Umtrunk“, so Mast, klagte Birgit Kayser über die Mobilitätsprobleme der Volkskammerabgeordneten. Der Fahrdienst des Parlaments funktioniere nicht, die Reichsbahn sei eine einzige Katastrophe, und die Volksvertreter müßten Unterlagen und Gepäck eigenhändig durch die Stadt ins Büro schleppen.

Mast konnte Hilfe anbieten. „Er habe da ein Autohaus an der Hand“, so schildert Birgit Kayser das Angebot des Alkohol-Industriellen, „mit dem ließe sich was organisieren“. Das Autohaus, von dem Mast redete, nämlich Bischoff &

kosteten rund 20 000 Mark. Heute müssen Gebrauchtwagenkäufer, bedingt durch die größer gewordene Nachfrage, etwa 5000 Mark mehr für einen vergleichbaren Audi 80 auf den Tisch legen.

Birgit Kayser konnte ihre Fraktion aus den Mobilitätsnöten retten, die Abgeordneten anderer Fraktionen müssen sich anders helfen. Den PDS-Mitgliedern sei die Möglichkeit gewährt worden, ehemalige SED-Dienstwagen billig zu reprivatisieren. Und die DSU-Fraktion, so hat Birgit Kayser beobachtet, „fährt überwiegend Golf“. Die Sozialdemokraten hingegen seien „vollkommen gemischt“ motorisiert.

Die Minister der Noch-DDR brauchten ihre Autos nicht zu kaufen. Sie zahlen nur eine pauschale Nutzungsgebühr. Die



Abgeordneten-Audis*: Mobilitätsprobleme behoben

Hamel in Hannover mit seiner brandneuen Magdeburger Filiale, ist eine hundertprozentige Tochter des Jägermeister-Konzerns.

In den Berliner Fraktionsräumen ließ die CDU-Geschäftsführerin noch im April – zwei Monate vor der Währungsunion – eine Liste kursieren, auf der die einzelnen Angebote verzeichnet waren: Die Auswahl reichte vom kleinen Polo bis zum Audi 100 für rund 40 000 Mark, zahlbar vom 1. Juli an in bis zu zehn bequemen Monatsraten aus dem Einkommen der Ost-Berliner Volksvertreter (3600 Mark plus 2300 Mark Kostenpauschale im Monat). Am Magdeburger Fußballstadion standen Ende Mai die Autos für die Volksvertreter bereit.

Die Abgeordneten bekamen gute Ware für relativ wenig Geld: Die meisten Wagen waren kaum ein Jahr alt und

* Auf dem Volkskammerparkplatz in Ost-Berlin.

BMW-Zentrale in München hat Mitgliedern der DDR-Regierung 21 repräsentativ eingefärbte Limousinen der 5er und der 7er Reihe geliehen. Prominente Leihwagenfahrer sind Ministerpräsident Lothar de Maizière, Innenminister Peter Michael Diestel sowie der Umweltminister Karl-Hermann Steinberg. Der gefeuerte Landwirtschaftsminister Peter Pollack wird seinen BMW wohl zurückgeben müssen. Ohnehin, so sagt der Konzern feinsinnig, „gilt das Angebot nur bis zur Vereinigung“.

Den BMW-Bossen mag es bei der Verleihaktion um den Werbeeffekt gehen, den Ministern um die Repräsentation – der westmotorisierten CDU-Fraktion geht's um die Sicherheit. Brigitte Kayser mag dem einst volkseigenen Trabant nicht mehr trauen: „Im Audi fühle ich mich einfach sicherer, als wenn ich mit so einer ollen Pappe über die Autobahn rolle.“